



KAMPFRICHTERORDNUNG

Rechts- und Strafordnung des Judoverbandes Sachsen e.V.

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
A <i>Allgemeiner Teil</i>	2
§ 1 Rechtssprechung im JVS	2
§ 2 Ausübung der Rechtssprechung	2
§ 3 Zuständigkeiten	2
B <i>Ausübung der Rechtssprechung</i>	2
§ 4 Spruchkörper.....	2
§ 5 Sanktionen	6

A Allgemeiner Teil

§ 1 Rechtssprechung im JVS

Die Rechtssprechung des Judoverbandes Sachsen e.V. umfasst die angeschlossenen Vereine, deren Mitglieder sowie alle Personen, die im JVS ein Amt inne haben.

§ 2 Ausübung der Rechtssprechung

Die Rechtssprechung wird von den Referenten, dem Vorstand, dem Rechtsausschuss und dem Verbandstag ausgeübt.

§ 3 Zuständigkeiten

Die Zuständigkeit der Spruchkörper wird wie folgt geregelt:

1. Die Referenten können Antrag auf Einleitung eines Verfahrens beim Vorstand stellen.
2. Die Referenten und die Vereine sowie deren Mitglieder können in 1. Instanz an den Vorstand einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens stellen.
3. Anträge des Hauptausschusses auf Einleitung eines Verfahrens werden vom Vorstand an den Rechtsausschuss gestellt. Der Vorstand darf Verfahren, die vom Hauptausschuss beantragt werden, nicht verhandeln.
4. Einsprüche werden von der jeweils nächst höheren Instanz verhandelt, soweit dies nach dem Beschluss nicht ausgeschlossen wurde.

B Ausübung der Rechtssprechung

§ 4 Spruchkörper

1. Referenten

- a) Verfehlungen im Sportbereich der einzelnen Ressorts können sofort durch die zuständigen Referenten geahndet werden. Durch die Referenten des JVS können folgende Ahndungen ausgesprochen werden:
 - Verweis
 - Geldahndung bis € 50,00-
 - Lehrgangsverbot
 - Startverbot
 - Hausverbot
- b) Ahndungen durch die Referenten dürfen nur für Verfehlungen ausgesprochen werden, die sich tatsächlich in deren Sportbereich ergeben haben. Lehrgangs-, Start- und Hausverbote können nur für den Bereich des Referenten ausgesprochen werden.
- c) Ahndungen durch die Referenten dürfen nur dann ausgesprochen werden, wenn sie in den betreffenden Ordnungen oder Regeln eindeutig festgelegt sind. Das Maß der Ahndung darf die in den einschlägigen Ordnungen, einschließlich der Straf- und Rechtsordnung des JVS, festgesetzte Höhe nicht überschreiten.

Die Ahndung muss sofort, spätestens acht Tage nach Bekanntwerden des Fehlverhaltens, ausgesprochen werden.

- d) Der zuständige Referent kann, wenn er sich nicht in der Lage sieht, einen Beschluss zu fassen, den Fall an den Vorstand abgeben. Die Abgabe muss mit einem Antrag an den Vorstand verbunden sein.
- e) Gegen die Entscheidung der Referenten kann beim Vorstand Einspruch eingelegt werden. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Der Einspruch muss sofort, spätestens jedoch 8 Tage nach dem Ausspruch der Ahndung durch den Referenten eingelegt werden. Er kann bei den Mitgliedern des Vorstandes oder bei der Geschäftsstelle des JVS eingereicht werden.

2. Vorstand

- a) Der Vorstand beschließt unter Hinzuziehung eines weiteren Mitgliedes des Hauptausschusses. Dieses Mitglied des Hauptausschusses darf weder direkt noch indirekt Betroffener sein, noch darf sein Verein an dem Verfahren beteiligt sein. Ist ein Vorstandsmitglied betroffen oder kann ein Vorstandsmitglied nicht erreicht werden, kann ein weiteres Mitglied des Hauptausschusses beigezogen werden, das ebenfalls weder direkt noch indirekt betroffen sein darf.
- b) Der Vorstand beschließt in der Regel ohne mündliche Verhandlung. Er ist jedoch berechtigt, eine mündliche Verhandlung anzuberaumen. Dem Beschuldigten ist in jedem Falle rechtliches Gehör zu gewähren.
- c) Den Vorsitz der Verhandlung führt der Präsident, der die Verhandlungsführung delegieren kann. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst und sind schriftlich zu begründen.
- d) Der Vorstand kann neben den Ahndungsmaßnahmen der Referenten Geldstrafen bis 250,00 € und Amtsausübungssperren auf Landesebene verhängen.
- e) Gegen die Entscheidung des Vorstandes kann Einspruch beim Rechtsausschuss eingelegt werden.
- f) Der Einspruch ist binnen zwei Wochen ab Zugang des vollständig begründeten Beschlusses beim Vorsitzenden des Rechtsausschusses schriftlich einzulegen.

3. Rechtsausschuss

- a) Der Rechtsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden und drei Beisitzern sowie zwei Ersatzbeisitzern.
- b) Sie werden auf dem Verbandstag gewählt. Näheres regelt die Satzung.
- c) Der Rechtsausschuss ist beschlussfähig mit drei Mitgliedern.
- d) Ein Mitglied des Rechtsausschusses ist von der Mitwirkung ausgeschlossen, wenn es selbst, sein Verein oder ein Mitglied seines Vereins an dem Verfahren beteiligt sind, es bei der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, es in der Sache als Zeuge vernommen werden soll, es mit Beteiligten verwandt, verschwägert oder verheiratet ist, es sich selbst für befangen erklärt oder seine Mitwirkung ablehnt.

- e) Als Rechtsgrundlage für Entscheidungen des Rechtsausschusses dienen die Satzungen, Ordnungen und Regeln des Deutschen Judo-Bundes e.V. (DJB) und des Judoverbandes Sachsen e.V. (JVS).
- f) Ein zulässiger Einspruch muss enthalten:
- Bezeichnung des Einspruchführers
 - Bezeichnung des Einspruchgegners
 - Einen bestimmten Antrag und eine Begründung

Der Einspruch muss von dem Betroffenen, gegebenenfalls dem Vertretungsberechtigten, mit einem das Vertretungsverhältnis bezeichnenden Zusatz unterzeichnet sein.

Mit dem Einspruch erkennt der Antragsteller die in dieser Ordnung festgesetzte Kostenregelung an.

- g) Der Rechtsausschuss beschließt in der Regel ohne mündliche Verhandlungen. Er ist jedoch berechtigt, mündliche Verhandlungen anzuberaumen.
- h) Der Rechtsausschuss muss sich zur Ermittlung des Sachverhaltes folgender Beweismittel bedienen:
- Zeugenaussagen
 - schriftliche Zeugenbekundungen
 - Urkunden
- i) In besonderen Fällen kann eine Ortsbesichtigung und die Einholung eines Sachverständigengutachtens erfolgen.
- j) Oberster Grundsatz für die Entscheidungen des Rechtsausschusses ist die Gewährung des rechtlichen Gehörs.
- k) Die Verhandlungen und Beratungen sind nicht öffentlich. Das Beratungsgeheimnis ist zu wahren. Über jede mündliche Verhandlung ist ein Protokoll zu führen. Der Protokollführer wird vom Vorsitzenden aus den Beisitzern bestimmt. Tonbandprotokolle sind zulässig. Sie sind bis zur bestandskräftigen Entscheidung zur Sache vom Vorsitzenden aufzubewahren, sofern nicht von allen Verfahrensbeteiligten aktenkundig auf Aufbewahrung verzichtet wird.
- l) Der Verlauf mündlicher Verhandlungen wird vom Vorsitzenden bestimmt, der auch das Hausrecht ausübt. Die Verhandlung beginnt in Abwesenheit der Zeugen mit dem Vortrag des Antragstellers, dem die Erwiderung des Antraggegners folgt. Die Parteien müssen ihre Anträge stellen. Sodann findet die Beweisaufnahme statt. Danach erhalten die Parteien Gelegenheit, sich zum Ergebnis der Beweisaufnahme zu äußern. Anschließend findet die Beratung statt, auf die die Verkündung der Entscheidung folgt.
- m) Die Ladung der Parteien und der Zeugen zur mündlichen Verhandlung erfolgt mit einer Frist von zwei Wochen durch eingeschriebenen Brief. Erscheint ein Verfahrensbeteiligter zur mündlichen Verhandlung trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht, kann ohne ihn verhandelt und entschieden werden. Das gleiche gilt im Verfahren ohne mündliche Verhandlung, wenn ein Verfahrensbeteiligter sich nicht innerhalb der vom Rechtsausschuss gesetzten Frist äußert. Die Frist muss mindestens zwei Wochen betragen.
- n) Jede Partei kann sich im Verfahren vor dem Rechtsausschuss eines Beistandes bedienen.

o) Der Rechtsausschuss entscheidet durch Beschluss. Der Beschluss enthält:

- Name und Anschrift der Parteien,
- die Entscheidung über den Antrag
- den etwaigen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung sofern Beschwerde zugelassen wurde
- die Kostenentscheidung
- die Begründung
- die Aufstellung der Kosten
- die Rechtsmittelbelehrung

Jeder Beschluss ist von den an ihm beteiligten Mitgliedern des Rechtsausschusses zu unterzeichnen. Er ist den Parteien unverzüglich zuzustellen (Einschreiben mit Rückschein).

Die Kosten des Verfahrens hat die unterlegene Partei zu tragen. Bei teilweisem Unterliegen können die Kosten im Verhältnis des Unterliegens nach billigem Ermessen beiden Parteien auferlegt werden.

Die Höhe der Kosten setzt der Rechtsausschuss fest.

Festgesetzt werden:

- alle Auslagen der Mitglieder des Rechtsausschusses nach der jeweils geltenden Spesenordnung des JVS
 - Auslagen der Parteien und Zeugen, die vom Rechtsausschuss geladen wurden entsprechend der Spesenordnung des JVS
 - Kosten der Sachverständigen
 - Miete für den Verhandlungsraum
 - Porto und Verhandlungskosten: pauschal 10% der Gesamtkosten, höchstens jedoch 25,00 €.
- p) Gegen die Beschlüsse des Rechtsausschusses des JVS ist das Rechtsmittel der Beschwerde beim Verbandstag zulässig, sofern nicht im Beschluss etwas anderes bestimmt ist. Die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die aufschiebende Wirkung kann ausgeschlossen werden, wenn besondere Gründe vorliegen.
- q) Die Beschwerde ist binnen eines Monats nach Zustellung des vollständig begründeten Beschlusses über den Einspruch beim Präsidenten einzulegen.
- r) Der Präsident beruft binnen eines weiteren Monats einen außerordentlichen Verbandstag zur Entscheidung über die Beschwerde ein.
4. Außerordentlicher Verbandstag
- a) Zur Durchführung der Verhandlung über die Beschwerde wählt der Verbandstag einen Versammlungsleiter, der weder dem Vorstand noch dem Rechtsausschuss angehören darf.
- b) Die Verhandlung ist öffentlich. Der Verbandstag kann die Verhandlung als „nicht öffentlich“ erklären. Die Beratung ist geheim. Der Spruchkörper setzt sich aus Vertretern der Vereine entsprechend § 15 Satzung des JVS zusammen.

Die Entscheidung des Verbandstages ist endgültig. Nach der Entscheidung des Verbandstages haben die Beteiligten das Recht, ein ordentliches Gericht anzurufen.

§ 5 Sanktionen

1. Allgemeines

Bestraft werden alle Verfehlungen, die mit dem Sportbetrieb in ursächlichem Zusammenhang stehen.

An Strafen können ausgesprochen werden:

- Verweis
- Lehrgangsverbot
- Startverbot
- Hausverbot
- Veranstaltungssperre
- Amtsausübungssperre
- Geldstrafen von 10,00 bis 250,00 €
- Ausschluss

Wenn auf Ausschluss erkannt worden ist, erfolgt gleichzeitig die Suspendierung des Betroffenen bis zur Rechtskraft der Entscheidung.

2. Vereine sind für die Einhaltung der gegen ihre Mitglieder ausgesprochene Strafen verantwortlich.
3. Geldstrafen müssen innerhalb von 14 Tagen nach Rechtskraft des Urteils gezahlt werden. Werden die Zahlungsfristen nicht eingehalten, können die Zahlungspflichtigen ohne Anhören bis zur Zahlung gesperrt werden. Die Sperre bezieht sich auf Mannschaftskämpfe.
4. Sperren, Startverbote sowie Lehrgangsbeschränkungen dürfen nicht in Geldstrafen umgewandelt werden.
5. Strafen gegen Vereinsmitglieder
 - a) Teilnehmer an Wettkämpfen von Schülern und Jugendlichen in einer höheren Altersklasse einsetzen,
Sanktion: 1 - 4 Monate Sperre.
 - b) Tragen eines nicht von der Graduierungskommission anerkannten Kyu- oder Dan-Grades oder eines niedrigeren Grades bei offiziellen Veranstaltungen,
Sanktion: 1 - 4 Monate Sperre, Graduierungsbeschränkung.
 - c) Teilnahme an Sportveranstaltungen ohne Starterlaubnis des Vereins oder des Verbandes.
Sanktion: 1 - 6 Monate Sperre.
 - d) Teilnahme an Sportveranstaltungen während der eigenen Sperre,
Sanktion: 1 - 6 Monate Sperre.

e) Unsportliches Verhalten bei Veranstaltungen,

Sanktion: Verweis; Hausverbot; 1 - 6 Monate Sperre.

f) Bedrohung oder Beleidigung des Gegners, des Kampfrichters, der Zuschauer oder der Funktionäre,

Sanktion: 1 - 6 Monate Sperre.

g) Fälschungen im Judo-Pass zur Erlangung von Startberechtigungen

Sanktion: mindestens 6 Monate Sperre.

h) Tätlichkeiten gegen Gegner, Zuschauer

Sanktion: 3 - 12 Monate Sperre; Hausverbot; in schweren Fällen Ausschluss aus dem Verband.

i) Tätlichkeiten gegen Funktionäre, Kampfrichter,

Sanktion: 3 - 12 Monate Sperre; Hausverbot; in schweren Fällen Ausschluss aus dem Verband.

j) Versuchte oder vollendete vorsätzliche Verletzungen eines Gegners

Sanktion: 6 - 12 Monate Sperre; in schweren Fällen Ausschluss aus dem Verband.

k) Starten unter Angabe eines falschen Namens, in einer niedrigeren als in der ausgewogenen Gewichtsklasse oder sonstige Manipulationen bei Kämpfen mit der Absicht, für sich oder andere unberechtigten Vorteil zu erzielen.

Sanktion: 6 - 12 Monate Sperre. Während einer Sperre darf der Betroffene weder als Kampfrichter noch in anderen Funktionen eingesetzt werden. Ehrenamtliche Funktionen im JVS können ebenfalls in die Sperre einbezogen werden.

6) Strafen gegen Vereine

a) Wissentliches Aufstellen eines Kämpfers unter falschem Namen oder Aufstellen in einer niedrigeren als der ausgewogenen Gewichtsklasse sowie sonstige Manipulationen bei Kämpfen mit der Absicht, für sich oder andere einen unberechtigten Vorteil zu erzielen.

Sanktion: 100,00 € Geldstrafe; Kampfverlust; Sperre 1 - 6 Monate.
Bei Mannschaftskämpfen wird der gesamte Mannschaftskampf mit der höchsten Punktzahl als verloren gewertet.

b) Aufstellen eines gesperrten oder ausgeschlossenen Kämpfers,

Sanktion: 100,00 € Geldstrafe; Sperre 1 - 6 Monate.
Bei Mannschaftskämpfen wird der gesamte Mannschaftskampf mit der höchsten Punktzahl als verloren gewertet.

- c) Verbotenes Aufstellen von Kämpfern innerhalb verschiedener Mannschaftsklassen,
Sanktion: 100,00 € Geldstrafe; Sperre 1 - 6 Monate.
Bei Mannschaftskämpfen wird der gesamte Mannschaftskampf mit der höchsten Punktzahl als verloren gewertet.
- d) Unerlaubter Kampfabbruch,
Sanktion: 100,00 € Geldstrafe; Sperre 1 - 6 Monate.
Bei Mannschaftskämpfen wird der gesamte Mannschaftskampf mit der höchsten Punktzahl als verloren gewertet.
- e) Mitglieder von anderen Vereinen abwerben,
Sanktion: 25,00 € bis 100,00 € Geldstrafe; Sperre 1 - 6 Monate.
- f) von der Geschäftsstelle des JVS angeforderte Meldungen nicht oder verspätet abgeben
Sanktion: 5,00 € bis 25,00 € Geldstrafe.
- g) Judo-Pässe fälschen, um sich oder anderen dadurch Vorteile zu verschaffen,
Sanktion: 25,00 € bis 100,00 € Geldstrafe; Sperre 1 - 6 Monate.
- h) Vernachlässigt der ausrichtende Verein bei offiziellen Veranstaltungen seine Aufsichtspflicht gröblich und kommt es dadurch zu Ausschreitungen durch Kämpfer, Zuschauer oder Funktionäre,
Sanktion: Der Verein wird mit einer Veranstaltungssperre von 2 - 4 Monaten, in besonders schweren Fällen mit 4 - 8 Monaten belegt.
- i) Kämpfer oder Mitglieder eines Vereins verursachen bei Veranstaltungen anderer Veranstalter eine Ausschreitung.
Sanktion: Der schuldige Verein wird mit einer Veranstaltungssperre von 1 - 6 Monaten belegt.

7) Verfahrensweg

Die Strafen werden vom JVS, vertreten durch den Vorstand, ausgesprochen. Gegen den Strafbeschluss ist innerhalb von 4 Wochen nach Veröffentlichung im öffentlichen Organ und nach Zustellung beim Rechtsausschuss Einspruch möglich.

Diese Ordnung tritt am 01.01.2011 durch Beschlussfassung des Hauptausschusses vom 03.12.2010 in Kraft.